

# Gleichberechtigte Teilhabe für junge Flüchtlinge ermöglichen

BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG DES LANDESJUGENDRINGS AM 22. NOVEMBER 2014

Als Interessenvertretung aller jungen Menschen in Baden-Württemberg setzt sich der Landesjugendring BW auch für die Anliegen von schutzsuchenden jungen Menschen ein und will mit den Stärken und Kompetenzen der Jugendarbeit zur Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen in Baden-Württemberg beitragen.

Wir plädieren für eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung und sprechen uns für eine grundlegende Neuausrichtung der Migrations-, Integrations- und Asylpolitik – weg von einer Abwehrpolitik, hin zu einer Willkommenskultur – aus. Hierzu fordern wir:

- den sofortigen Stopp der Abschiebungen von Kindern und Jugendlichen und deren Familien, wenn dadurch das Wohlergehen der Kinder gefährdet wird;
- dass junge Flüchtlinge eine Berufsausbildung absolvieren dürfen und in dieser Zeit ein Bleiberecht erhalten,
- gleichberechtigten Zugang zu allen schulischen und außerschulischen Bildungsaktivitäten zu schaffen.

Wir unterstützen die Bemühungen des Integrationsministeriums BW die Möglichkeiten legaler Einwanderung auszuweiten.

Damit Jugendverbände und Jugendringe ihren Teil der Verantwortung übernehmen und jungen Flüchtlingen gezielt helfen können, brauchen sie Unterstützung. Der Vorstand des LJR wird für 2015 beauftragt:

- einen Fachtag zur Arbeit mit jungen Flüchtlingen durchzuführen. Dieser richtet sich an Fachkräfte und Multiplikator\*innen der außerschulischen und verbandlichen Jugendarbeit. Er beschäftigt sich mit:
  - politischen Rahmenbedingungen von Flucht und Asyl,
  - Austausch über die Erfahrungen in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen,
  - ermittelt bestehende Hürden in der Praxis,
  - zeigt Strategien für die bessere Ansprache junger Flüchtlinge, die Reflexion und Öffnung der Strukturen der Jugendarbeit,
  - Prüfung eines Aufbaus eines Expert\*innennetzwerkes;

- mögliche Formen finanzieller Unterstützung für Verbände und Ringe zu prüfen und bekannt zu machen,
- zu prüfen, ob im Rahmen dieser Finanzierungen ein spezifisches Qualifizierungsangebot für Teamer\*innen und Multiplikator\*innen angeboten werden kann – dies ggf. mit der Akademie der Jugendarbeit umzusetzen,
- eine Arbeitsgruppe mit der Erstellung eines Positionspapiers „Forderungen an die Landespolitik und an die Kommunen“, sowie einen „Leitfaden für die Praxis der Jugendverbände im Umgang mit Flüchtlingen“ (Integration in Jugendgruppen und Freizeiten) zu beauftragen,
- die Forderung nach einer finanziellen Unterstützung der Verbände zur Erarbeitung angemessener Arbeitsformen in Form von Projektmitteln. Der Vorstand wird beauftragt, hierfür geeignete Möglichkeit zu prüfen;
- über Projektmittel hinaus eine dauerhafte spezifische Finanzierung der Arbeit mit jungen Flüchtlingen zu fordern. Die Öffnung hin zu einer Arbeit mit jungen Flüchtlingen darf nicht am Geld scheitern.

#### Ausführungen zum Antrag:

Der Landesjugendring und die in ihm zusammengeschlossenen Jugendverbände engagieren sich für eine Jugendpolitik, die jungen Menschen ein selbstbestimmtes Handeln und Aufwachsen ermöglicht, Freiräume einräumt und sie in ihrer persönlichen Entwicklung unterstützt. Wir treten für die Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens für Alle und umfassende Mitbestimmungsrechte unabhängig vom Aufenthaltsstatus junger Menschen ein. Dazu gehören ausdrücklich auch alle jungen Menschen, die ohne langfristig gesicherte Aufenthaltsperspektive in Deutschland leben.

Die Gründe, warum junge Menschen ihre Heimat verlassen, sind so vielfältig wie ihre Geschichten. Krieg, Hunger, Klimaveränderungen, Wirtschaftskrisen oder Diskriminierung sind nur einige der Faktoren, die Menschen dazu bewegen, nach Deutschland zu kommen. Die Wahrnehmung und Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und Interessen muss sich, wie in der UN-Kinderrechtskonvention verbindlich geregelt, am Kindeswohl und Kindeswille orientieren. Junge Flüchtlinge müssen als Menschen mit eigenen Herkunftsgeschichten, Fluchterfahrungen und Bedürfnissen und nicht als Anhang der zugezogenen Eltern betrachtet werden. In der Praxis sind aufenthaltsrechtliche Verfahren allerdings meist auf die Eltern konzentriert. Die Entscheidung über Verbleib oder Abschiebung wird auf Grundlage des elterlichen Antrages getroffen. Dabei werden die spezifischen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen nicht berücksichtigt und ihre eigenen Fluchtgründe nicht hinterfragt. Die Wahrung des Kindeswohls muss aber auch die Berücksichtigung der Fluchtgründe der Kinder und

Jugendlichen und deren Teilhabe am Asylverfahren bedeuten. Abschiebungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne des SGB VIII sind grundsätzlich auszusetzen, ihnen und ihren Angehörigen muss eine Bleibeperspektive eröffnet werden.

Dazu muss jungen Flüchtlingen auch der Zugang zu Leistungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe ermöglicht werden. Eine Orientierung am Wohl des Kindes bedeutet, dass für junge Flüchtlinge die im SGB VIII vorgeschriebenen Normen und Vorschriften uneingeschränkt gelten müssen. Insbesondere das „Recht auf Förderung seiner Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“. Partizipations- und Beteiligungsmöglichkeiten spielen für Kinder und Jugendliche eine zentrale Möglichkeit zur Wahrung ihrer Interessen.

Als Jugendverbände fordern wir deshalb die vollständige Abschaffung der Residenzpflicht auch für das aufnehmende Bundesland, um die Teilnahme an allen angebotenen Ferienfahrten und Seminaren nicht mit unnötigen bürokratischen Hürden zu belasten.

Als Jugendverbände wollen wir uns der Aufgabe stellen, allen jungen Menschen in Baden-Württemberg einen gleichberechtigten Zugang zu Freizeitangeboten und außerschulischen Bildungsangeboten zu ermöglichen. Wir wollen auch junge Flüchtlinge unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel als Zielgruppe unserer Arbeit begreifen und den damit verbundenen Herausforderungen stellen. Hierfür müssen sich unsere Verbände verändern und bisherige Überzeugungen zur Disposition stellen.

Um den Zugang von jungen Flüchtlingen zu den Angeboten der Jugendverbandsarbeit zu erleichtern und seine Mitgliedsverbände auf diese neuen Herausforderungen vorzubereiten, braucht es Unterstützung. Die Lebensrealität junger Flüchtlinge unterscheidet sich in der Regel stark von den ohne Fluchterfahrung in Deutschland aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen. Dies muss von den Jugendverbänden erkannt und anerkannt werden. Die Jugendverbände müssen vor diesem Hintergrund dabei unterstützt werden, ihre verbandliche Praxis zu reflektieren, ausgrenzende Mechanismen aufzudecken und zu bearbeiten. Anschlussfähigkeit an Selbstverständnis und Traditionen kann nicht automatisch vorausgesetzt werden, hier braucht es sensible und manchmal kreative Ansätze im Umgang mit Strukturen und den eigenen Selbstverständlichkeiten.

*Beschlossen in der Vollversammlung des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V. am 22. November 2014.*